

„Punktuelle Sparmaßnahmen reichen nicht mehr aus“

Handelskammer befindet Haushaltsentwurf 2014 als bescheiden

Zum Monatsende werden die Abgeordneten über den Haushaltsentwurf 2014 abstimmen, den die Regierung selbst als „Übergangsbudget“ bezeichnet hatte. Für die Handelskammer ist es vor allem ein Budget „der alten Generation“ und eine verpasste Chance, schon 2014 strukturelle Reformansätze im Renten- und Gesundheitssystem, bei der Jugendarbeitslosigkeit oder der Wohnungsnot anzugehen.

Auch wenn sich die Schere zwischen den Ausgaben und den Einnahmen für 2014 zu schließen schein, sei dies vor allem auf Mehreinnahmen aus dem E-Commerce zurückzuführen, so die Berufskammer. Versiegt diese Quelle angesichts der europäischen Neuregelung im Jahr 2015, werden strukturelle Probleme um so deutlicher werden.

Die Handelskammer hält der Dreierkoalition zugute, die Notwendigkeit erkannt zu haben, die staatlichen Mittel gezielter einzusetzen – allerdings seien die Prog-

nosen für 2014 etwas zu optimistisch und die angekündigten Anstrengungen im Staatsapparat nicht wirklich nachzuvollziehen.

Mit punktuellen Sparmaßnahmen sei es jedenfalls nicht getan. „80 Prozent der Staatsausgaben sind auf Gesetze und Konventionen zurückzuführen, wenn man

etwas ändern will, muss man dort anpacken“, gibt Generaldirektor Carlo Thelen zu bedenken.

Die einzelnen Sparanstrengungen im Staatsapparat in Höhe von 231 Millionen Euro haben die Vertreter der Arbeitgeber nicht überzeugt. Welche Investitionen vertagt werden, sei nicht deutlich er-

kennbar, und die genannte Sparbarkeit verhindere nicht, dass der Staat weiterhin mehr Geld ausgibt. Stichwort: Studienbeihilfen. Hier habe die Regierung angekündigt, die Ausgaben um 35 Millionen zu senken, indem die Vergabekriterien anders ausgerichtet werden. Bei näherem Hinsehen falle allerdings auf, dass sich die Zuschüsse in den fünf letzten Jahren verfünffacht haben.

Entsprechend kritisch bewertet die Handelskammer das Einstellungslimit beim Staat. Im Vergleich zu den Vorjahren würden neue Beamten aufgenommen, allerdings könne die Maßnahme nicht als Konsolidierungsanstrengung präsentiert werden, weil die 150 neuen Staatsbediensteten auch zusätzliche Lohnkosten nach sich ziehen würden. Eine ähnliche Kritik hatte übrigens die Handwerkskammer in ihrem Gutachten zum Budget 2014 angebracht.

Die Gehaltsaufbesserungen im öffentlichen Dienst bewertet die Handelskammer als „falsches Sig-

nal“. „Die Zugeständnisse an die Beamten stehen in keinem Verhältnis zu den Anstrengungen, die im Privatsektor geleistet werden müssen“, sagt Carlo Thelen.

Als „Augenwischerei“ bezeichnet die Chambre de commerce dann das Herabsetzen von „crédits non limitatifs“ im Staatshaushalt. Auch wenn die Regierung im Budget z.B. weniger Geld für die staatlich finanzierte Förderung von Weiterbildungskursen vorsieht, käme es letztendlich auf die realen Kosten in den Konten an. Würden die Unternehmen mehr Kurse für ihre Beschäftigten und somit mehr Beihilfen in Anspruch nehmen, seien die Sparmaßnahmen schnell verfehlt.

Als besonders negativen Aspekt für die Arbeitgeber bewertet die Handelskammer anschließend die Einschnitte bei der staatlichen Beteiligung an der „Mutualité des employeurs“ sowie die Ausgabenkürzungen bei der Vermarktung Luxemburgs als Handelsmagnet der Großregion. (BB)



Kein Gefälligkeitsgutachten: Carlo Thelen hat den Staatshaushaltsentwurf von Finanzminister Pierre Gramegna, seinem Amtsvorgänger in der Handelskammer, kritisch analysiert.

(FOTO: SERGE WALDBILLIG)